



17. Mai 2019

AUSGABE 5/2019

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,*

bei all den aktuellen Punkten, die im Bundestag behandelt werden, schauen wir ab und zu auch auf ganz grundlegende Themen. In dieser Woche debattierte der Bundestag z. B. über „70 Jahre Grundgesetz“. In der vergangenen Woche konnte ich mich selber einbringen in einer Aktuellen Stunde zur „sozialen Marktwirtschaft“.

Manch einem mag das rückwärtsgewandt vorkommen. Doch in der heute so schnelllebigen Zeit, die durch Populismus geprägt ist, tut es Not, inne zu halten. Selber darüber nachzudenken, ob wir politisch auf dem richtigen Weg sind oder uns durch pragmatische Politik davon entfernen. Jeder mag das anders sehen: Ich finde, unsere politische Arbeit setzt nach wie vor die richtigen Schwerpunkte und grenzt sich von anderen Parteien ab. Das ist in der angesprochenen Aktuellen Stunde deutlich geworden: Wer, wenn nicht wir, setzt dem Markt Grenzen? Die SPD ist es, die sich für Verbesserungen für Azubis, Arbeitnehmer und Rentner kümmert und dafür kämpft, dass die Tarifbindung in Deutschland endlich wieder gestärkt wird. All diese Punkte habe ich in meiner Rede angesprochen – ihr könnt sie euch hier anschauen: <https://dbtg.tv/fvid/7352409>.

## ***Deutschland braucht Zuwanderung***

Schon lange setzen wir uns für ein Einwanderungsgesetz ein, denn der Bedarf an qualifizierten Menschen aus dem Ausland ist groß. Unternehmer suchen in einigen Bereichen bereits heute händeringend nach Fachkräften. Teilweise können deshalb Aufträge nicht angenommen werden. Eine aktuelle Studie schätzt, dass wir bis 2060 mindestens 260.000 Zuwanderer pro Jahr brauchen.

Endlich ist nun auch die Union zur Einsicht gelangt – im Bundestag haben wir ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz beraten, mit dem wir klare und verlässliche Regeln für eine gesteuerte Einwanderung in den Arbeitsmarkt schaffen.

Mit der neuen Regelung können neben Akademikern auch Arbeitnehmer mit Berufsausbildung zuwandern. Bislang war hier die Zuwanderung beschränkt auf Berufe mit Engpässen. Sie dürfen bis zu sechs Monate in Deutschland nach einem Arbeitsplatz oder einem Ausbildungsplatz suchen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass sie während dieser Zeit ihren Lebensunterhalt selber bestreiten.

Unserer Meinung nach gibt es noch viel zu ändern an dem Entwurf. Wir kritisieren vor allem die Anforderungen. Sie sind teilweise zu hoch, etwa bei der Sprache oder bei der Bewertung der Eignung. Die Wirtschaft sieht das ähnlich. Sollte das Gesetz in der jetzigen Fassung kommen, wird es wenig Entlastung bringen. Im parlamentarischen Verfahren wollen wir deshalb noch einiges verbessern.

---

## *Fachkräfteoffensive für Erzieher startet*

Der Bedarf an Erziehern wächst, da immer mehr Kitas öffnen und die Zahl der Auszubildenden zurückgeht. Ein Grund dafür ist, dass es in den ersten zwei Jahren keine Vergütung gibt. Dadurch droht in den nächsten Jahren ein Personalmangel in Kindertagesstätten. Um diesem Trend entgegenzuwirken, hat unsere Familienministerin Franziska Giffey Ende April eine Fachkräfteoffensive für Erzieher vorgestellt. Sie soll den Beruf wieder attraktiver machen.

Bis zum Sommer 2020 sollen 5.000 neue praxisnahe Ausbildungsplätze entstehen. Kitas aus allen Bundesländern können sich dafür bewerben. Sie erhalten dann einen staatlichen Zuschuss pro Auszubildendem, damit sie eine angemessene monatliche Vergütung zahlen können. Erzieher können zudem an Weiterbildungen teilnehmen und erhalten Freistellungen, um Nachwuchskräfte anzuleiten. Diejenigen, die mehr Verantwortung übernehmen möchten, erhalten einen Bonus. Den gibt es auch für höhere Qualifikation. Beides schafft Anreize aufzusteigen.

---

## *Impfpflicht zum Schutz vor Masern*

Gesundheitsminister Jens Spahn hat vor kurzem einen Gesetzentwurf für eine Impfpflicht gegen Masern vorgelegt. Ich halte das für eine gute Idee. Denn Masern sind hochansteckend und können in einigen Fällen tödlich enden. Zwei Impfungen im Kindesalter sorgen dafür, dass eine Person lebenslang immun ist. Sind genug Menschen immun, besteht eine gute Chance, die Krankheit in Deutschland endgültig zu besiegen. Es gibt aber nach wie vor zu viele Eltern, die ihre Kinder nicht impfen lassen.

Der Gesetzentwurf sieht daher vor, dass künftig alle Kinder, die in den Kindergarten oder die Schule kommen, eine Impfung nachweisen müssen. Das Gleiche soll für Erzieher, Lehrer und für Menschen in Gesundheitsberufen, zum Beispiel in Krankenhäusern oder Arztpraxen, gelten. Denn außer Kindern sind vor allem ältere und geschwächte Menschen sehr anfällig für eine Infektion. Eltern, die ihre schulpflichtigen Kinder nicht impfen lassen, müssen mit einem Bußgeld von bis zu 2.500 Euro rechnen.

Das Gesetz soll bis Ende des Jahres beschlossen werden. Dafür ist auch die Zustimmung der Länder nötig. Nach Brandenburg hat auch NRW signalisiert, eine Impfpflicht einführen zu wollen. Das ist nötig, da die meisten Fälle von Maserninfektionen in diesem Jahr in NRW gemeldet wurden.

---

## *Abgabe für Kohlendioxid-Ausstoß*

Es wird aktuell viel über einen CO<sub>2</sub>-Preis gesprochen. Damit ist gemeint, dass alles, was klimaschädliches Kohlendioxid produziert, teurer wird. Das hat Auswirkungen auf Industrie, Verkehr und Landwirtschaft, aber auch auf jeden Bürger.

Wenn als Beispiel eine Tonne CO<sub>2</sub> 50 Euro kosten würde, könnte der Liter Benzin um 12 Cent steigen. Ziel der Abgabe ist es, den Ausstoß zu reduzieren. Wir finden diese Abgabe richtig, denn sie ist nötig, damit wir beim Klimaschutz vorankommen und unsere Ziele erreichen. Allerdings muss sichergestellt werden, dass sie sozial gerecht und somit kostenneutral für Menschen mit geringem Einkommen ausgestaltet wird. Das heißt, es muss Entlastungen an anderer Stelle geben.

Mit der Union sind wir über Lösungen und Ansätze in Gesprächen. Sie würden allerdings den Klimaschutz gern weiter auf die lange Bank schieben, obwohl sie wissen sollten, wie ernst die Situation schon ist.

---

## *Die Reform des Wohngeldes kommt*

Mit geringem Einkommen ist es oft schwierig, eine Wohnung zu bekommen. Abhilfe schaffen soll eine Reform des Wohngeldes: Zum einen erhöhen wir die Leistung und sorgen zudem dafür, dass der Betrag künftig automatisch alle zwei Jahre angepasst wird. Zum anderen vergrößern wir die Reichweite des Wohngeldes: Rund 660.000 Haushalte sollen nun profitieren. Insbesondere Familien, Rentnerhaushalten und Menschen mit kleinen Einkommen kommen diese Leistungsverbesserungen zugute.

Natürlich ist dies nur ein kleiner Schritt. Es müssen mehr und umfassendere Maßnahmen folgen, damit sich wieder alle Menschen ihre Wohnung leisten können. Dafür haben wir Vorschläge gemacht, u. a. einen Mietestopp für die nächsten fünf Jahre oder mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau.

---

## *Gerechte Vergütung für Auszubildende*

Während es für Arbeitnehmer mit dem Mindestlohn eine gesetzliche Lohnuntergrenze gibt, existiert für Auszubildende keine derartige Haltelinie. Das wollen wir mit einer Mindestausbildungsvergütung ändern! Diese Regelung ist nicht nur überfällig, um Auszubildende fair zu bezahlen, sondern auch um Ausbildungen wieder attraktiver zu gestalten. Im Januar hatte die Bundesbildungsministerin einen ersten Vorschlag unterbreitet, der mit monatlich 504 Euro jedoch völlig unzureichend war.

Auf unseren Druck hin und nach Verhandlungen zwischen DGB und Arbeitgeberseite liegt nun ein neuer Vorschlag auf dem Tisch. Im ersten Ausbildungsjahr gibt es zwar mit 515 Euro nur unwesentlich mehr, doch der Betrag steigt bis 2023 auf mindestens 620 Euro an. Zudem gibt es eine Staffelung nach Lehrjahren.

---

Zwei hintereinander folgende Sitzungswochen sind geschafft. Morgen werde ich mich mit Freunden treffen, lasse Politik mal Politik sein, und freue mich auf ein hoffentlich spektakuläres Spiel des BVB. Der nächste Höhepunkt folgt am Montag, denn Olaf Scholz kommt nach Dortmund. Am darauffolgenden Sonntag fiebern wir dann nicht mehr dem BVB, sondern den Ergebnissen der Europawahl entgegen. Deshalb heißt es dann an beiden Wochenenden: Daumen drücken und danach auf die neue Saison vorbereiten!

Eure 